

Stellen wir die Gerechtigkeitsfrage!

Georg Rammer, Attac Karlsruhe, AG Kinderarmut

Kann es eigentlich eine politische, wirtschaftliche oder moralische Rechtfertigung geben für die sich ausbreitende Kinderarmut mitten im Wohlstand? Die politische und wirtschaftliche Elite verhält sich zwar so, als kämen Armut und soziale Kluft wie Naturgewalten über uns, als wären sie selbst schuld- und machtlos. Aber: Wachsende Armut bei gleichzeitig steigendem Reichtum ist Ergebnis einer Politik, die einseitig die Interessen der Wohlhabenden und Einflussreichen bedient.

Noch nie gab es in der BRD so viele arme Kinder wie heute, in absoluten Zahlen und prozentual:

Kinderarmut in Deutschland

1965



jedes 75. Kind ist arm

2005



jedes 6. Kind ist arm

Eine wachsende Zahl von Kindern in Deutschland ist arm und deshalb massiv benachteiligt und muss auf Dinge verzichten, die für alle anderen selbstverständlich sind und auf die sie (und ihre Eltern) natürlich einen Anspruch haben. Wohlgemerkt: Hier sind nicht die viel zitierten Markenklamotten gemeint, sondern so selbstverständliche, existenzsichernde Güter wie Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe.

Für arme Kinder sind diese „Kostbarkeiten“ kaum erreichbar. Sie sind in allen Bereichen der körperlichen und seelischen Gesundheit benachteiligt; ihr Risiko zu erkrank-

ken ist nicht nur ein wenig, sondern um ein Vielfaches höher als das von Kindern, die in materieller Sicherheit aufwachsen.

Sozial bedingte ungleiche Gesundheitschancen - auch in reichen Gesellschaften - beeinflussen maßgeblich die Lebenserwartung, stellt die WHO fest. Sie nennt ein Beispiel: Ein Kind, das heute in einem Vorort von Glasgow geboren wird, hat eine um 28 Jahre niedrigere Lebenserwartung als ein Kind in sicheren Verhältnissen 13 Kilometer entfernt. Die Unterschiede in Deutschland sind ähnlich krass.

Massive soziale Benachteiligung herrscht auch in der Bildung. In Haupt- und Förderschulen sind fast ausschließlich Kinder aus armen Familien. Sind sie etwa weniger begabt? Nein, sie wachsen unter Bedingungen auf, die ihren Begabungen nicht förderlich sind, auch in der Schule. So brauchen sich unsere Exzellenz- und Eliteuniversitäten keine Sorgen machen, dass mehr Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen ihr Menschenrecht auf Bildung in Anspruch nehmen: Sie sind ohnehin schon viel früher einer Reihe von effektiven Selektionsmechanismen zum Opfer gefallen.

Kinderarmut benachteiligt systematisch die Betroffenen; sie ist in ihrer Wirkung Kindeswohlgefährdung. Armut wird durch politische Entscheidungen erzeugt. Benachteiligte Kinder und Jugendliche können ihre Grund- und Menschenrechte nicht wahrnehmen.

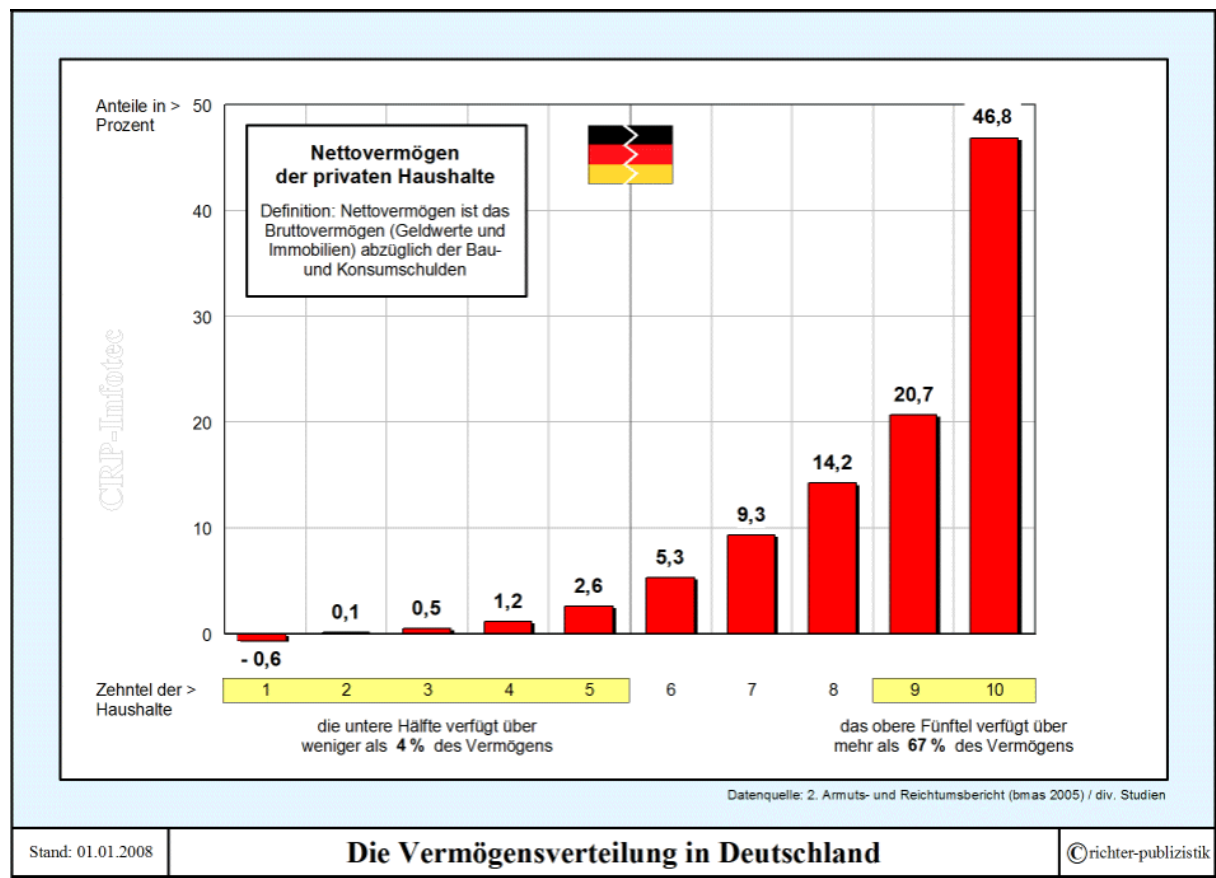
Ob Kinder arm sind und krankheitsanfällig, ob sie ungebildet und ausgeschlossen bleiben, ist entscheidend davon abhängig, in welche Familie sie hinein geboren werden. Kinder von Migranten, Alleinerziehenden oder von Menschen, die arbeitslos sind oder als Leiharbeiter, Minijobber oder Niedriglöhner prekäre Arbeit und prekäre Lebensbedingungen haben, haben also anscheinend Pech mit ihren Eltern. Reiche vererben ihr Vermögen, Arme ihre Armut. Die destruktive Kraft der Verarmungsfolgen vererbt sich auf die nächste Generation. Diese ist dann wieder krankheitsanfällig, bildungsfern und ausgeschlossen.

Dass die destruktiven sozialen und persönlichen Folgen der Armut für Kinder und Familien billigend in Kauf genommen werden, ist Ausdruck einer Klassengesellschaft. Die „Winner-Loser-Kultur“ wirkt auch im Bewusstsein der Betroffenen: In einer reichen Gesellschaft mit dem Leitbild von Erfolg und Konkurrenz erzeugt die gesetzlich verschriebene Armut Resignation, Kraftlosigkeit und Depression. Ihre schlechte soziale Lage erleben viele benachteiligte Kinder und Jugendliche als Demütigung und Versagen und als Verlust der Kontrolle über das eigene Leben.

Wenn aber Kinderarmut tatsächlich systematisch einen Teil der Bevölkerung benachteiligt und in seinen Rechten beschränkt, krank und ungebildet und manchmal auch gewalttätig, auf jeden Fall aber zu Ausgeschlossenen der Gesellschaft macht – warum werden die Ursachen nicht sofort beseitigt? Die Mittel sind offensichtlich da. Aber immer mehr Kinder sind nicht arm, **obwohl** es immer mehr Reichtum und Reiche gibt, sondern **weil** der Reichtum total **ungleich verteilt** ist und bleibt.

Seit 1970 hat sich das private Vermögen (also Immobilien, Geld- und hochwertiges Gebrauchsvermögen) in Deutschland verzweifelt, auf 9.100 Milliarden Euro. Aber:

Die Hälfte der Bevölkerung (die „untere“ Hälfte) verfügt über weniger als 4 % dieses Vermögens. Die reichsten 10 % dagegen besitzen davon zwei Drittel!



Also: Das Problem ist nicht allein die Armut und Benachteiligung, sondern die krasse Spaltung der Gesellschaft. Wer nicht über ungerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen, Vermögen und Macht spricht, sollte nicht über Kinderarmut klagen. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage für die Beseitigung der Kinderarmut und der systematischen Benachteiligung.

Aber wer hat denn ein Interesse an gerechter Verteilung? In der rot-grünen Regierungszeit hat der neoliberale Umbau mit der Agenda- und Hartz-Politik eine radikale und effektive Zuspitzung erfahren und wird unter der großen Koalition fortgesetzt. Der Sozialstaat wurde beschädigt und abgebaut. Alles wurde Marktgesetzen unterworfen, Niedriglöhne massenhaft durchgesetzt, das Volksvermögen, also Teile des Gesundheitswesens, der Bildung und der Altersvorsorge privatisiert, Schutzgesetze wurden abgebaut und die Arbeitszeit verlängert. Steuern wurden für Reiche und für Konzerne gesenkt oder ganz erlassen. Die Folge war wachsende Armut trotz wachsender Vermögen und Gewinne.

Die Eltern der armen Kinder, die Arbeitslosen und Geringverdiener, die Leiharbeiter und Minijobber waren und sind diejenigen, die Deutschlands Umbau zu einem neoliberalen Klassenstaat zu bezahlen haben. Und Kinderarmut ist der Kollateralschaden, den diese Politik bewusst in Kauf genommen hat.

Kinderarmut und die damit einhergehende systematische Benachteiligung verstoßen gegen Grundrechte und geltendes Recht.

Es ist merkwürdig: Selbstverständlich würde - vollkommen zu Recht – ein empörter Aufschrei ertönen und das Bundesverfassungsgericht einschreiten, wenn etwa einem Kind auf Grund seiner Hautfarbe oder seiner Religion der Zugang zu einer höheren Schule verwehrt oder eine notwendige Impfung verweigert würde. Wenn aber einer großen (und wachsenden) Bevölkerungsgruppe auf Grund ihrer Herkunft die Wahrnehmung von Grundrechten unmöglich gemacht, ihre Gesundheit systematisch geschädigt wird, sie keine ihrer Begabung entsprechende Bildung erhalten, dann geschieht – nichts.

Zwar sind Grundrechte das feste Fundament der verfassungsrechtlichen Ordnung: Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder das Verbot von Diskriminierung sind unveränderbare Grundfeste unseres Gemeinwesens. Dennoch wird Kinderarmut in unserem reichen Land nicht abgeschafft und verboten.

Auch andere Artikel des Grundgesetzes oder der UN-Kinderrechtskonvention werden entsprechend dem klassischen Sponti-Spruch behandelt: Legal, illegal, scheißegal. Nach Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention muss bei allen die Kinder betreffenden Gesetzen und Verordnungen das Wohl der Kinder vorrangig berücksichtigt werden. Wo ist das Gesetz jemals berücksichtigt worden? Wer wacht darüber? In Deutschland ist die Kinderrechtskonvention geltendes Recht.

Deutschland wird immer mehr zu einer Oligarchie, wo die Politik offensichtlich die Interessen der Reichen und der Konzerne bedient, wo vom gesellschaftlichen Reichtum nur noch eine kleine Minderheit profitiert, wo Gesetze von Lobbyisten mitgeschrieben werden und große Teile von Wissenschaft und Meinungskonzernen denselben Interessen dienen. Wir leben in einer entkernten Demokratie, die nur noch formal, aber nicht mehr in ihrem Kern den Kriterien des Grundgesetzes entspricht. Den Herrschenden kommt das Gefühl für Gerechtigkeit und Menschlichkeit abhanden. Meinen sie, alle Folgen auf Dauer mit mehr Überwachung, geschlossenen Heimen, Knast und Mauern um die Reichenviertel lösen zu können?

Die Verhältnisse in Deutschland mit einem krassen wachsenden Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich widersprechen den in der Verfassung festgeschriebenen Merkmalen eines sozialen Rechtsstaates.

Wie viel Ungerechtigkeit, wie viel Ungleichheit und soziale Gegensätze verträgt eine Demokratie, ohne in ihrem Fundament zerstört zu werden und ihre Legitimation zu verlieren? Wie hoch darf der Anteil armer Kinder sein, bis festgestellt wird: Grundrechte sind massiv verletzt? 20 oder 40 oder 50 %? Wie stark darf die Lebenserwartung reicher und armer Kinder auseinander klaffen: Fünf Jahre oder 15 - oder grad egal?

Die Bundesrepublik ist nach der Verfassung unabänderlich ein sozialer Rechtsstaat. Dies ist nach dem Staatsrecht ein verpflichtender Auftrag an den Gesetzgeber zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und zum Abbau sozialer Ungleichheit. Und: Grund-

rechte sind wertlos, wenn sie nicht tatsächlich in Anspruch genommen werden können.

Arme Kinder können ihre Grundrechte auf Gesundheit, Bildung, freie Entfaltung und Freiheit von Benachteiligung nicht wahrnehmen. Die herrschende Klasse hat offensichtlich kein Interesse daran, soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht tut bislang nichts, um diesem chronischen Verfassungsbruch Einhalt zu gebieten.

Machen wir uns klar: Wir sind inzwischen so weit, dafür zu kämpfen, dass Kinder eine warme Mittagsmahlzeit bekommen! Die strukturelle Gewalt der Armut muss aufhören. Wir unterstützen die Forderungen der Nationalen Armutskonferenz oder der AG Alternative Wirtschaftswissenschaftler nach **bedarfsorientierter Grundsicherung, gesetzlichem Mindestlohn und nach Rücknahme der Hartz IV-Regelungen.**

Wir betonen mit aller Dringlichkeit: Es geht nicht mehr um kleine Verbesserungen für arme Kinder. Es geht um die Verpflichtung des Staates, nicht primär das Wohlergehen der Banken, der Autoindustrie oder der Erben zu garantieren, sondern den sozialen Rechtsstaat. Bekämpfen wir nicht die allerschlimmsten Auswirkungen der Armut – bekämpfen wir die Ursache, die ungerechte Verteilung! Arme Kinder dürfen nicht mit Almosen abgespeist werden. Was sie brauchen, ist nicht mehr und nicht weniger als Gerechtigkeit.

Wir fordern, dass der soziale Rechtsstaat verwirklicht wird. Parlament, Regierung und Justiz müssen jetzt garantieren, dass

- **kein Kind in Armut aufwachsen muss,**
- **Grund- und Menschenrechte für alle gelten und von allen wahrgenommen werden können!**

Wir fordern als Staatsziel die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, Arbeit und Macht!

Georg Rammer